

Initiativen bereiten dem Krankenkassenverband Bauchweh

Aufwendig Der Liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV) lehnt die Initiative der Freien Liste zur Einführung von erwerbsabhängigen Prämien klar ab - Auch bei der Initiative der Wirtschaftskammer sieht der Verband Probleme.

VON DORIS QUADERER

Am 18. September wird das Liechtensteiner Stimmvolk über die von der Wirtschaftskammer initiierte Initiative «Familie und Beruf» abstimmen. Bei der Abstimmung geht es einerseits um Fördergelder für Kitas und andererseits um eine Verschiebung der Mutterschaftsgelder in die Familienausgleichskasse. Diese Mutterschaftstaggelder werden seit vielen Jahren von den Krankenversicherungen ausgerichtet. Zwar hat der Krankenkassenverband (LKV) grundsätzlich nichts gegen eine sol-

che Verschiebung einzuwenden, doch sie komme zu einer Unzeit, erklärte LKV-Geschäftsführer Thomas Hasler gestern an der Jahrespressekonferenz des Verbandes. Würde die Initiative angenommen, so hätte der Verband nur gerade bis zum 1. Januar 2017 Zeit, um die nötigen Verträge anzupassen. Und dies seien rund 4000 an der Zahl, zusätzlich müssten mit dem Übergang noch sehr viele organisatorische und rechtliche Fragen geklärt werden. Eine Herkulesaufgabe also, welche mit den vorhandenen Ressourcen nicht zu meistern sei. Zumal parallel dazu

noch die Umsetzung der Krankenversicherungsreform (KVG) laufe, hielt Thomas Hasler fest.

FL-Initiative fragwürdig

Klare Worte fand LKV-Geschäftsführer Thomas Halser zur Initiative der Freien Liste zur Einführung von erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien, welche diese Woche eingereicht wurde. Der Inhalt sei völlig unklar, ausserdem würden damit die Sparanreize, welche durch das neue KVG eingeführt werden sollen, komplett wieder ausgehebelt. Des Weiteren wäre die Umsetzung für die Kran-

kenkassen äusserst aufwendig, bemängelte Hasler. Unklar sei auch, wie die Krankenkassen zu den Daten über den Erwerb der jeweiligen Person gelangen solle. «Müssten wir alle Steuererklärungen durchschauen?», fragte sich Thomas Hasler und fügte bei, dass dies aus Sicht des Datenschutzes fragwürdig sei. Ausserdem habe die Freie Liste falsch gerechnet: «Vier Prozent vom Erwerb werden niemals ausreichen, um das System zu finanzieren», ist Hasler überzeugt. Und das Problem der steigenden Kosten bekomme man dadurch nicht in den Griff.